

Liebe Freund:innen, Liebe Genoss:innen, Liebe
Mitstreiter:innen für den Frieden,

Am 3. Januar griffen Streitkräfte des US-Militärs,
gemeinsam mit der CIA und der amerikanischen
Drogenbekämpfungsbehörde die venezolanische
Hauptstadt Caracas an. Dort töteten sie Angehörige des
venezolanischen Militärs, kubanische Sicherheitskräfte
sowie Zivilist:innen. Zirka 100 Menschen sind an diesem
Tag getötet worden. Darüber hinaus entführten die USA
den venezolanischen Präsident Nicolás Maduro und seine
Ehefrau und beschuldigten ihn vor einem New Yorker
Gericht des sogenannten „Narco-Terrorismus“.

Unter diesem Vorwand hatten die USA bereits in den
vergangen Monaten mehrere aus Venezuela kommende
Boote in der Karibik bombardiert, ihre Insassen dabei
getötet, ohne diese Anschuldigungen auch nur im
Entferntesten beweisen zu können.

Durch die offiziellen Behauptung, Venezuela sei aufgrund
des Drogenhandels eine Gefahr für Amerika, ebenso wie
durch die Behauptung, Maduro sei ein illegitimer,
autoritärer Machthaber, der sowieso nicht an der Macht
sein dürfe, wird der Angriff auf Venezuela ins Recht
gesetzt. Jedoch zeigt sich Trump geständig und offenbart
seine wahren Absichten.

Denn ihm liegt es nicht an Demokratie oder Rechtstaatlichkeit. Die Rede ist von den Ölvorkommen Venezuelas, die zu den größten der Welt gehören. Diese will Trump aus der staatlichen Hand Venezuelas reißen, um sie wieder für die USA und ihre Ölkonzerne profitabel zu machen. Dieser Absicht geht Trump auch nach, trotz gegenteiliger Hinweise der Ölindustrie Amerikas in Venezuela kein Geschäft machen zu können und obwohl der Angriff des US-Militärs nicht zu der vielleicht erhofften politischen Kontrolle über Venezuela geführt hat.

Mit Waffengewalt über Venezuelas politische Führung, sowie über Venezuelas natürliche Ressourcen entscheiden zu können, ist Teil einer weiteren Absicht Trumps: Herr seiner "eigenen" Hemisphäre zu werden.

So ist es nicht verwunderlich, dass Trump gleich nach der Entführung Maduros mit weiteren Entführungen von Staatsoberhäuptern, denen von Mexiko und Kolumbien sowie mit Angriffen auf Kuba und Grönland droht.

Aus dieser Situation sollte einiges klar werden. Der US-Imperialismus ist, trotz jeder "Friedensversprechungen" Trumps und der MAGA-Bewegung, lebendig wie nie zu vor. Angriffe auf andere Staaten werden nicht nur von Autokratien wie der Russischen Föderation verübt, sondern sind ebenfalls Teil des Modus Operandi der USA und anderer vermeintlich demokratischer Nationen.

Diese klaren Eingriffe in die staatliche Souveränität Venezuelas kann der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz nur als „völkerrechtlich komplex“ bewerten. Obwohl diese Angriffe auch nicht im Eigeninteresse der Bundesregierung und Europa sind, fehlt jegliche Verurteilung oder Konsequenz für die amerikanischen Aggressionen - zum Schaden der Bevölkerung in Venezuela, sowie der Bevölkerung in Deutschland.

Unter dem Hinweis, dass die „Pax Americana“, die durch die US-Amerikaner:innen garantierte sogenannte „Friedensordnung“ zumindest in Europa vorbei sei, treiben Merz und seine Regierung die Hochrüstung der Bundeswehr und die Militarisierung der gesamten Gesellschaft voran.

Dieser offensichtlichen Eskalation der Gewalt setzt die Bundesregierung also keine Politik der Entspannung, Diplomatie oder Abrüstung gegenüber, sondern das genaue Gegenteil.

Verpflichtende Fragebögen und Musterung, Jugendoffiziere an den Schulen, omnipräsente Bundeswehrpropaganda im öffentlichen Raum, wie an Bus- und Bahnhaltestellen, im Internet und im Fernsehen sollen dazu motivieren, beim großen Töten und Sterben im Konkurrenzverhältnis der Nationen mitzuwirken und die

letztendlich angestrebte Wiedereinführung der Wehrpflicht, des Zwangs zum Militär schmackhaft zu machen.

Wir sagen: Nicht mit uns!

Unsere Solidarität gilt der Zivilbevölkerung in Venezuela, in der Ukraine, in Syrien und Kurdistan, Palästina und an all den anderen Orten, die den Krieg nicht wollen.

Unsere Solidarität gilt auch denjenigen, die sich dem Zwang zum Krieg widersetzen und dafür in Deutschland bald mit bis zu 1000€ Geldstrafe oder wie in Russland, Israel und der Ukraine mit Gefängnis oder Schlimmerem bestraft werden.

Unsere Solidarität gilt denjenigen, die sich dem Imperialismus, egal welcher Großmacht widersetzen und für den Frieden eintreten.